

Alternativ · informativ · heimatverbunden



NACHGEHAKT

Zeitschrift des Landtagsabgeordneten André Barth **Nº 1/2024**



Asylbewerberwelle - Ein trauriges „Comeback“

2



5

KI: Chancen und Herausforderungen



6

Anonyme Post



9

Butterbrot statt Bargeld

Asylbewerberwelle - Ein trauriges „Comeback“



Autoren: MdL André Barth

Das Thema Zuwanderung von Asylbewerbern erfährt in letzter Zeit ein trauriges „Comeback“. Nach 2015/2016 droht erneut eine sogenannte „Welle“ von Asylbewerbern unser Land zu treffen, die vor allem unsere Städte und Gemeinden an den Rand der Handlungsfähigkeit und unsere Landkreise an den Rand der Zahlungsfähigkeit bringen wird.

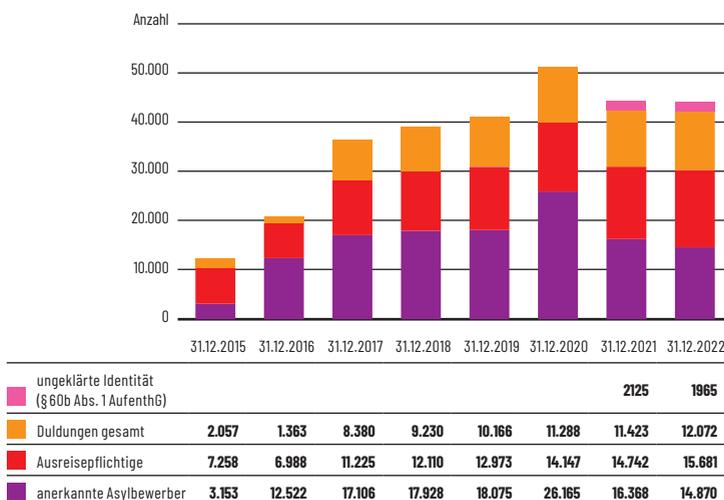
Im Gegensatz zum Jahr 2015 gibt es jedoch einige Unterschiede. Zuerst ist die aktuelle Zuwanderungswelle medial bei weitem nicht so präsent, wie sie es seinerzeit war. Obwohl die schon realen Zahlen an Asylbewerbern und vor allem die prognostizier-

ten Fallzahlen denen der Jahre 2015/2016 gleichen, sie teilweise sogar übersteigen, vernimmt man bezüglich dieser Krisensituation nur Schweigen im Blätterwald.

Ein weiterer Unterschied zum Jahr 2015 besteht darin, dass es keine Teddybärenwerfer an deutschen Bahnhöfen oder vor Asylbewerberheimen

mit ankommenden Bussen mehr gibt, die illegalen Einwanderern noch den roten Teppich ausrollen. Über die Gründe hierfür können wir nur spekulieren. Ich vermute dahinter zwei wesentliche Aspekte. Einerseits haben nach 2015 viele Mitmenschen in unserem Land ihre ganz eigenen Erfahrungen mit dieser falsch verstande-

**Entwicklung anerkannter Asylbewerber/
Zahl der Ausreisepflichtigen und Duldungen gesamt**



nen Willkommenskultur gemacht. Messermerde in deutschen Innenstädten gehören mittlerweile zur Tagesordnung. Selten heißen die Verdächtigen Dieter, Kevin oder Maximilian.

Die Silvesternacht von Köln, als es massenhaft sexuelle Belästigungen und Vergewaltigungen in aller Öffentlichkeit gab und in deren Anschluss sich die Oberbürgermeisterin Henriette Reker nicht entblödete, den Opfern noch vermeintlich kluge Ratschläge zu geben, man solle doch einfach eine Armlänge Abstand halten.

Der Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz in der Adventszeit war dann trauriger Höhepunkt der Straftaten von illegal in unser Land eingereisten Ausländern.

Die Parole „Migration tötet“ ist zwar als angeblich rechtsextrem verschrien. Angesichts dieser Faktenlage kommen wir jedoch gar nicht umhin, festzustellen, dass illegale und unkontrollierte Einwanderung auch Menschenleben kostet.

Der zweite Grund, warum meiner Meinung nach keine Bahnhofsklatscher mehr die illegalen Einwanderer mit Plüschtieren begrüßen, ist ein geändertes Meinungsklima in unserem Land. Während es seinerzeit noch ein allgemeiner Trend war, diese sogenannte Willkommenskultur zu zelebrieren, hat sich der Wind mittlerweile gedreht. Die eben angesprochenen Ereignisse haben dazu sicherlich ihren Teil dazu beigetragen. Auch dass wir als AfD in vielen Prognosen Recht behalten haben und dadurch der Zuspruch der Bürger zu unserer Partei stark gestiegen ist, steht damit in Zusammenhang.

Während seinerzeit unsere Warnungen vor Kriminalität, Überforderung der kommunalen Ebene und finanziellen Folgen noch als Schwarzmalerei abgetan wurden, hat sich alles davon bewahrheitet, manche Dinge kamen sogar noch viel schlimmer. Auch der letzte Willkommensbefürworter ist nun in der Realität angekommen. Selbst in der SPD wird nun nicht mehr darüber diskutiert, ob Zuwanderung geregelt werden soll, sondern nur noch darüber, wie Zuwanderung geregelt werden soll. Freilich darf man die Entscheidung darüber, wie

wir Zuwanderung regeln, nicht der aktuellen Ampelregierung überlassen, denn dann wird am Ende nichts dabei herauskommen, was die Probleme in unserem Land löst.

Es gibt noch einen weiteren Unterschied zu 2015, der die aktuelle Lage noch prekärer macht. Kaum einer der seit 2015 eingereisten Asylbewerber hat das Land seitdem verlassen. Die Zahlen der Abschiebungen und der freiwilligen Ausreisen sind gegenüber denen der Neuankömmlinge nicht nennenswert. Eine lange versprochene sogenannte „europäische Lösung“, bei der beispielsweise die Asylanten in das erste sichere Herkunftsland, das die auf europäischem Boden betreten haben, zurück gebracht werden, oder ein gerechter Verteilungsschlüssel, ist weiterhin nicht in Sicht. Machen wir uns nichts vor – all diese Maßnahmen würden ohnehin nur Symptome bekämpfen – aber nicht

einmal diese Maßnahmen, die das Problem für uns zumindest etwas abschwächen würden, bekommen die Politiker auf EU-Ebene hin.

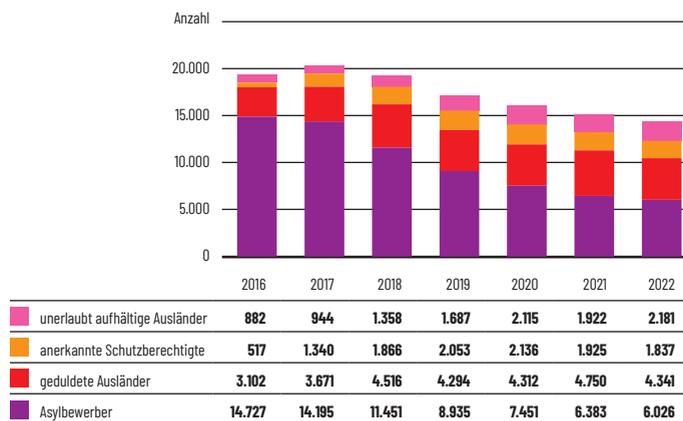
Um das Problem wirklich zu lösen, müssten Fluchtsachen bekämpft werden, müssten die Anreize, in unser Sozialsystem einzuwandern, abgeschafft werden und hierzu müssten

die europäischen Außengrenzen gesichert werden – und wenn das nicht funktioniert, müssen wir zu nationalen Grenzkontrollen zurückkehren.

Auch wenn die etablierten Parteien immer mal wieder Nebelkerzen wie die aktuellen Grenzkontrollen an der sächsischen Grenze zu unseren östlichen Nachbarn, zünden, so sind sie zu einer wirklichen Politikwende nicht fähig.

Die kommunale Ebene hat einen großen Teil dieser Fehlentwicklungen politisch auszubaden. Kein einziger Landkreis im Freistaat hat für den laufenden Doppelhaushalt 2023/2024 einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen können. Die steigenden Sozialausgaben überfordern sie systematisch. Die Regel „wer bestellt, der zahlt!“ gilt schon lange nicht mehr. Die Landkreise dürfen für eine verfehlte und teilweise rechtswidrige Zuwanderungspolitik der Bundesregierung die Zeche zahlen. Die Landkreise und kreisfreien Städte haben in den laufenden ▶

Straftaten nach Aufenthaltsstatus jährlich
(Straftaten können mehrere Tatverdächtige mit unterschiedlichem Status enthalten)



Doppelhaushalten ein Defizit von insgesamt über 100 Millionen Euro zu verzeichnen. Diese Haushalte sind selbst bei einer Verrechnung mit dem jeweiligen Basiskapital nur durch Ausnahme genehmigungen des Innenministeriums genehmigt worden. Denn dort werden die Haushalte einfach durchlaufen gelassen, weil das in jedem Landkreis dasselbe ist.

Und in genau dieser Situation ersucht der sächsische Finanzminister den Landtag um eine Genehmigung zu überplanmäßigen Ausgaben im Bereich Asyl, in ziemlich genau der Höhe, in der die Landkreise ein Defizit haben. Mehr Hohn gegenüber den Bürgern geht nun wirklich nicht. Während illegale Einwanderer weiterhin bestens versorgt werden, hat sich Investitionsstau in astronomischer Höhe gebildet, können die Landkreise nicht mehr in Infrastruktur investieren und müssen beinahe flächendeckend die Kreisumlage erhöhen, sodass die

Städte und Gemeinden ihrerseits vor weiteren Herausforderungen stehen. Schon bald werden freiwillige Ausgaben wie Vereinsförderung, Schwimmbäder und Bibliotheken auf den härtesten Prüfstand jemals gestellt werden müssen.

Aber – und das ist der letzte Unterschied zu 2015 – den ich an dieser Stelle erwähne: es besteht weit größerer Anlass zu Optimismus als das noch vor wenigen Jahren der Fall war.

Während wir 2015 gerade erst im Aufbau unserer Partei waren und mit wenigen Abgeordneten in die ersten Landtage eingezogen waren, stehen im kommenden Jahr in mehreren Bundesländern Wahlen an, bei denen wir berechtigte Hoffnung haben können, stärkste Kraft zu werden.

Sie als Wähler haben es in der Hand, im Freistaat Sachsen für eine politische Wende zu sorgen, die den Bürgerwillen nach Dresden in die Staatskanzlei einziehen lässt.



Auch in unruhigen Zeiten
ist auf eine Sache Verlass:
**Ich setze mich für Sie im
Landtag ein!**

Sie möchten diese Zeitschrift
digital als PDF-Version*
erhalten?
Bitte senden Sie
eine E-Mail an:
Andre.Barth@slt.sachsen.de



*) Durch die ehrenamtliche Verteilung dieser Zeitschrift kann die Zustellung leider nicht in jedem Fall garantiert werden.
Durch die digitale PDF-Version von **NACHGEHAKT** bleiben Sie einfach immer auf dem Laufenden!

André Barth
MITGLIED DES SÄCHSISCHEN LANDTAGES



Künstliche Intelligenz: Chancen und Herausforderungen

Autor: MdB Steffen Janich

In der heutigen digitalen Ära ist Künstliche Intelligenz (KI) zu einem bedeutenden Treiber für Innovation und Fortschritt geworden. Die Vorteile und Nachteile von KI sind jedoch vielfältig und betreffen verschiedene Bereiche, darunter die Wirtschaft, die Literatur und die Kunst. In diesem Artikel werden wir uns mit den Auswirkungen von KI auf diese Bereiche auseinandersetzen.

Die Wirtschaft ist einer der Bereiche, der am meisten von KI profitiert. KI-Systeme können große Datenmengen analysieren, Muster erkennen und Prognosen erstellen. Dies ermöglicht Unternehmen effizientere Prozesse und Kosteneinsparungen.



In der Literatur kann KI Autoren bei der Generierung von Texten unterstützen. Autoren können KI-Werkzeuge nutzen, um Inspiration zu finden, Rechtschreibfehler zu korrigieren und ganze Abschnitte zu verfassen.

Auch die Kunstwelt wird von KI auf innovative Weisen beeinflusst. Generative KI kann scheinbar einzigartige Kunstwerke schaffen. Künstler können KI als kreativen Partner verwenden, um neue Techniken zu erkunden und Variationen vorhandener Kunstwerke zu schaffen.

Die Vorteile von KI bringen jedoch auch Nachteile mit sich. KI kann dazu führen, dass bestimmte Arbeitsplätze überflüssig werden. Bürokommunikation, Programmieren, oder solche im Sekundärbereich, also der Industrie, werden stark betroffen sein.

Insgesamt ist Künstliche Intelligenz eine transformative Kraft, aber es gilt, sich dem Thema mit Augenmaß anzunähern. Die Vorteile von KI in Bezug auf Effizienz und Innovation sind unbestreitbar, sie hat das Potential einen neuen Boom in Wirtschaft und Technik auszulösen.

Aber sie bringen auch Gefahren mit sich. Mit generativen KIs lassen sich Video- und Sprachaufnahmen auf eine Weise manipulieren, dass sie von der

Realität kaum mehr zu unterscheiden sind. Das kann von bössartigen Akteuren genutzt werden, um mit sogenannten Deep Fakes Desinformation zu verbreiten und demokratische Meinungsbildungsprozesse zu beeinflussen.

Und wir sollten bei all dem technischen Optimismus den Mensch nicht aus dem Auge verlieren und immer daran denken, ob und wie es ihm zugeht. Ich werde die politi-

sche Entwicklung eng begleiten und hierbei meinen Schwerpunkt auf den Erhalt der heimischen Arbeitsplätze und die Integrität der Information im digitalen Raum legen.



Autor:
Steffen Janich
Mitglied des Bundestags

Anonyme Post

Wenn wir Autoren hier berichten und unsere Gedanken ausbreiten, bleibt das natürlich nicht ohne Folgen. Ist doch schön, wenn die Leute bei einer Begegnung Bezug nehmen auf unsere Beiträge und sich das Gespräch entwickelt. Das muss nicht immer mit unserer Parteilinie konform gehen. Manchem ist unser Programm zu hart, anderen zu lasch, aber die Debatte bewahrt alle vor der gefährlichen politischen Lethargie, die es den Tricksern beim alltäglichen Beutezug erst so richtig leicht macht. Unlängst erhielt ich einen anonymen Brief, beinhaltend ein handschriftlich kommentiertes Exemplar der letzten Ausgabe.

ZITAT: „Zum Glück haben wir einen eigenen Kopf zum Denken und können selber einschätzen was für uns gut und empfehlenswert ist. Lassen Sie uns einfach mal in Ruhe und nerven uns nicht immer mit Ihrem Wurstblatt!“

Fangen wir an: Eine beneidenswert lesbare Handschrift, männlich, höhere Bildung, alte Schule, erträgt Widerspruch schwerlich. Ein Lehrer? Er kennt mich persönlich und ich ihn ganz sicher auch. Er ist also genervt durch eine vierteljährlich zugestellte Zeitung, die man, wie die EDEKA-Werbung in Glashütte, einfach in der Rundablage versenken könnte. Aber der Inhalt beschäftigt ihn offenbar viel mehr, als er sich selbst eingestehen möchte.

Beim Umsturz 89 hat er die Kurve hinbekommen, hat als Konservativer dann den Sinneswandel der CDU all die Jahre treu mitgetragen, aber nun – nein! - bitte nicht schon wieder... Doch! Es ist wieder soweit. Auch wenn viele Leute unter den aktuellen Umständen ihr Auskommen haben und eigentlich das logisch-egoistische Interesse besteht, dass alles so bleibt wie es ist – nein! Es kann nicht gut sein, was für unsere Kinder und Enkel zum Problem wird.

ZITAT: „Wer mit Nazis paktiert, kann einfach nicht gewählt werden. Wir sind auch nicht für alle Ausländer. Aber es gibt genauso viel faule Leute bei uns.“

Ach, diese alten Plattitüden. Die SED-Kommunisten waren doch damals viel ehrlicher um das We-

Um die Anonymität der Kritik zu wahren, wurde die Handschrift ersetzt.



sen der Nationalen Sozialisten. Waren doch die Sozialisten in erster Linie Mitbewerber um das Mandat, die verhasste bürgerliche Gesellschaft der Ungleicheren zu überwinden und unsere goldene Zukunft zu organisieren. Die schöne, kluge Sarah versucht sich ja gerade in Anbetracht versiegender Umverteilungsmasse und der erdrückenden Zahl von Teilhabebegehrenden mit einer Renaissance des Nationalen im laufenden Sozialismusversuch, um noch etwas zu retten. Sie sind an der alten durch und durch linken Idee viel weiter dran, aber nicht wir als Blaue.

Was soll ich nur tun? Dem Anonymen kann man doch nur öffentlich antworten. Und ihm damit erneut auf den Nerv gehen. Stellen Sie sich nur vor, ich irre in meinem Verdacht, lasse den Briefkasten und stigmatisiere damit unbeabsichtigt jemanden, der unser Blatt gerne erwartet.

Dem Anonymous wünsche ich auf seine alten Tage mehr Gelassenheit und gerne würde ich ihm die AfD-Tasse, trotzdem in die Hand geben, obwohl ihm beim Lösungswort sein Wunschdenken den Stift führte. Unterhalten wir uns doch einmal mehr über die Kommunalpolitik.



Autor:
Tilo Bretschneider
Vorsitzender AfD-Stadtrats-
fraktion Glashütte

Butterbrot statt Bargeld

Autor: Michael Ullmann

Populistisch, rassistisch, menschenverachtend, völkisch. So bezeichneten vor Jahren, vor Monaten, ja sogar noch vor Wochen die Altparteien sämtliche Forderungen/Lösungen/Anträge in der Migrationskrise, welche von der AfD gestellt wurden.

Welch ein Wechsel nun eingetreten ist: Da werden Aspekte, Forderungen und Lösungsvorschläge der AfD aktuell immer mehr von einer CDU, aber selbst von den GRÜNEN und der SPD, in der Manier von Raubkopierern übernommen. Alles schöne Worte für Sie als Wähler, nach so manchem Wahldebakel der letzten Wochen. Gerade die Ampelparteien sind auf Bundesebene und hier in Sachsen die CDU in einer Bringschuld gegenüber den Bürgern.

Wir als AfD-Kreistagsfraktion Sächsische Schweiz-Osterzgebirge hatten ja so manchen Antrag mit Vorschlägen oder Lösungen zum Thema Migration und Überlastung des Landkreises in den Kreistag eingebracht.

Hier seien Anträge wie „Aussetzung von Integrationsleistungen für vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer im Landkreis“ genannt. Dieser Antrag wurde durch uns als Kreistagsfraktion am 26. Juni 2023 im Kreistag gestellt.

Es macht schließlich einfach keinen Sinn, Steuergelder für eine Integration zu investieren, obwohl eine Abschiebung kurz bevorsteht. Immerhin wäre hier eine ganze Vollzeitstelle in der Flüchtlingshilfe einzusparen, oder anderweitig einzusetzen. Dies wurde auch in der Stellungnahme der Landkreisverwaltung zum Antrag so sichtbar. Trotzdem wurde durch die Landkreisverwaltung eine Empfehlung für eine Antragsablehnung ausgesprochen.

Die darauffolgende Debatte verlief wie erwartet. Fast alle Fraktionen, auch die der CDU, lehnten mit zum Teil diffusen Argumenten unseren Antrag ab. Stimmenthaltungen gab es bei der Konservativen-Mitte.

Nun haben wir als AfD-Kreistagsfraktion erneut einen Antrag eingebracht. Dieser enthält in der Hauptsache folgende Forderungen:

Das Landratsamt wird aufgefordert:

1.) Das nach AsylbLG anwendbare Sachleistungsprinzip – bei Unterbringung in Aufnahmeeinrichtungen des Freistaats Sachsen i.S.d. **§ 44 Abs. 1 und § 53 des Asylgesetzes** für Gestattete und im Falle der Ablehnung des Asylantrags als offensichtlich unbegründet oder unzulässig – als Regel-

fall im Landkreis Sächsische Schweiz Osterzgebirge umzusetzen und somit auch für den gesamten Freistaat als Vorbild zu wirken. (auch für Leistungen zur Deckung des persönlichen Bedarfs);

2.) vom Sachleistungsprinzip grundsätzlich nur abzuweichen, wenn ein Schutzstatus anerkannt wurde oder wenn gemäß **§ 2 Abs. 1 AsylbLG** nach 18 Monaten ein Anspruch auf Leistungen nach dem SGB XII besteht;

3.) im Rahmen des Sachleistungsprinzips die Verwendung von ausschließlich in Deutschland nutzbaren Prepaid-Karten und Wertgutscheinen zu prüfen;

4.) die bestehenden Möglichkeiten zur Beschäftigung von Asylbewerbern und Geduldeten auszuerschöpfen (**§ 5 Abs. 1 AsylbLG**) und bei mangelnder Mitwirkung Sanktionen auszusprechen.

Selbst aus Reihen der CDU-Bürgermeister (Guten Morgen, auch schon aufgewacht!) werden diese Forderungen laut. Man verwies in der Vergangenheit immer auf den hohen Verwaltungsaufwand bei Sachleistungen. Trotz allem plädiert jetzt selbst der Landkreistag für eine Umstellung auf Sachleistungen.

Damit wird nicht nur einer der wichtigsten Pull-Faktoren für eine unerlaubte Migration nach Deutschland über das Asylrecht genommen. Auch eine Bezahlung der organisierten und Menschen verachtenden kriminellen Schleusungen wird damit zum großen Teil unattraktiv und unterbunden. Mehrheitlich erfolgt die Bezahlung der Schleuserorganisationen (mehrere Tausend Euro) erst in Deutschland durch Bezahlssysteme wie Western Union. Dazu wird das vom Landkreis ausgereichte Bargeld verwendet.

Wir werden sehen, wo eine CDU steht und ob man unserem Antrag folgen wird.

„Machen und nicht quatschen!“ sollte die Devise der kommenden Monate sein.

Werte Bürger, wir bleiben für Sie an den Themen im Landkreis dran. Dafür haben Sie uns gewählt.

Stärkste Fraktion, unbequem, kritisch, lösungsorientiert, typisch AfD-Kreistagsfraktion SOE.



Autor:
Michael Ullmann
AfD-Kreisrat

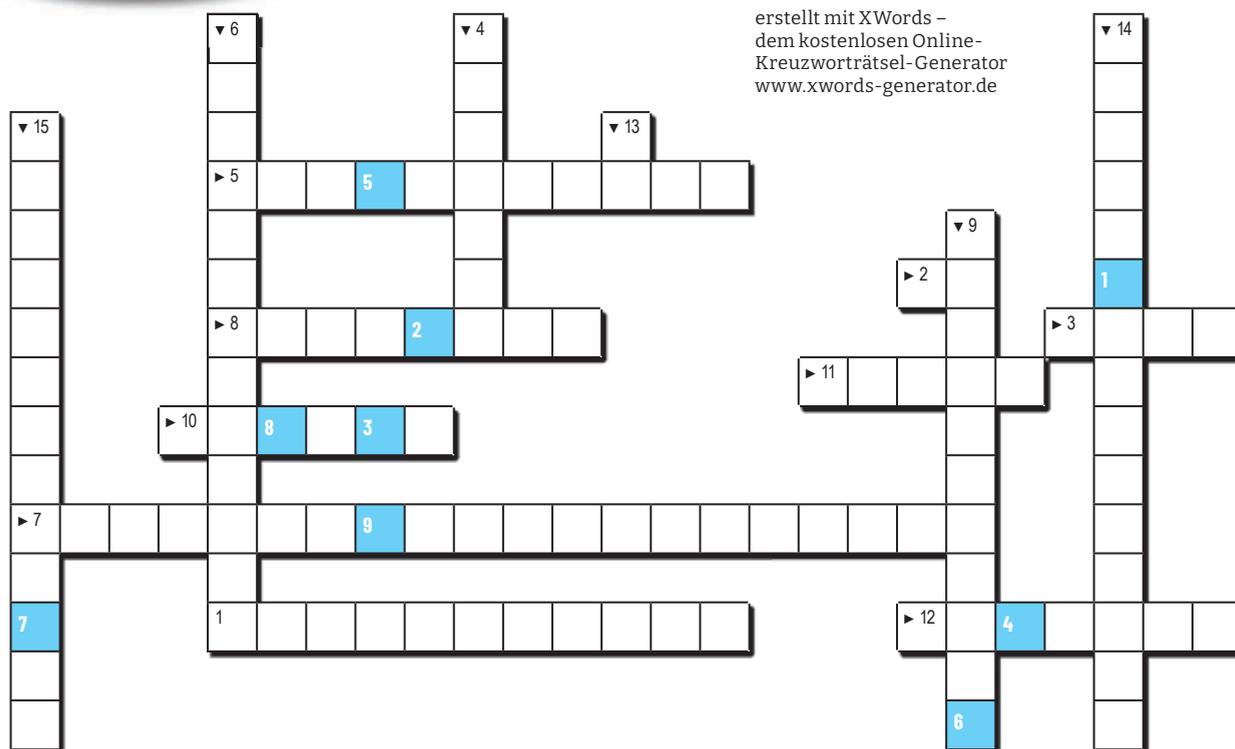
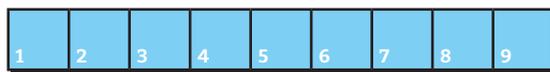
GEWINNSPIEL

Lösen Sie das Kreuzworträtsel und senden Sie das Lösungswort bis zum 11. Februar 2024 an andre.barth@slt.sachsen.de
Unter allen Teilnehmern wird eine AfD-Kaffeetasse verlost. Mit Ihrer Teilnahme erklären Sie sich einverstanden, über meine parlamentarische Arbeit per Mail informiert zu werden.



1. Einwanderung (Synonym)
2. Künstliche Intelligenz (Abk.)
3. Vergesslicher Kanzler (Vorname)
4. Haushaltsloch
5. Zwangsweise Durchsetzung der Ausweisung eines Asylbewerbers
6. Sitz des Ministerpräsidenten
7. mögliches Prinzip zur Versorgung von Asylbewerbern
8. Vertretungskörperschaft des Landkreises
9. Gegenrede
10. inkognito (Synonym)
11. Kölner Oberbürgermeisterin
12. Status eines Asylbewerbers
13. Europäische Union (Abk.)
14. technologischer Transformationsprozess
15. Heimat eines Zuwanderers

Lösungswort



erstellt mit XWords –
dem kostenlosen Online-
Kreuzworträtsel-Generator
www.xwords-generator.de

Impressum:

Herausgeber:
Andre Barth, MdL
Markt 10,
01744 Dippoldiswalde
Telefon: 0351 493 42 11
Email: andre.barth@slt.sachsen.de
V.i.S.d.P.: André Barth, MdL

Druck: WIRmachenDRUCK GmbH
Auflagenhöhe: 20.000 Stück
Ausgabe Nr. 1/Januar 2024

André Barth, MdL
Web: www.andrebarth.de
Facebook: www.facebook.com/andrebarthmdl
Twitter: www.twitter.com/BarthMdl
Instagram: www.instagram.com/andre_barth_mdL/

Bildnachweise:
Seite 1: Adin-stock.adobe.com,
s06-AI-stock.adobe.com, NewAfrica-stock.adobe.com
Seite 2: neirfy-stock.adobe.com
Seite 5: Imagecreator-stock.adobe.com

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält es sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise bedarf der ausdrücklichen Zustimmungen des Herausgebers.